

# Brief aus Berlin

## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Die COVID-19-Impfkampagne läuft in Deutschland mittlerweile seit über hundert Tagen. Bis heute wurden insgesamt mehr als 24,2 Mio. Impfdosen verabreicht. Wir alle wissen, dass Impfen der Schlüssel auf dem Weg raus der Pandemie ist. Wir wollen das Impftempo im engen Zusammenspiel von Herstellern, Bund, Ländern, Impfzentren und Hausärzten dauerhaft erhöhen. Der nächste wichtige Meilenstein für uns ist heute erreicht: Die Erstimpfung von gut 22 Prozent der deutschen Bevölkerung („jede bzw. jeder Fünfte“). Und es wird ambitioniert weitergehen. Schon jetzt sind wir weltweit das Land mit den absolut sechstmeisten durchgeführten Impfungen (siehe Grafik letzte Seite).

Die positive Entwicklung beim Impfen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Infektionslage in Deutschland schwieriger wird. Zwar ist die Situation besser als in nahezu allen anderen unserer Nachbarstaaten (siehe ebenfalls Grafik letzte Seite), dennoch haben wir in dieser Woche die Marke der 5.000 belegten Intensivbetten überschritten. Das ist eine ernste Situation, da die Inzidenzen nach wie vor hoch bleiben. In dieser überaus kritischen Situation im Kampf gegen die Pandemie kommt dem Deutschen Bundestag erneut eine besondere Verantwortung zu. Die intensiven parlamentarischen Beratungen zum Vierten Bevölkerungsschutzgesetz verdeutlichen die Ernsthaftigkeit, mit der um effiziente und für die Bevölkerung nachvollziehbare Lösungen gerungen wird. Die mittlerweile in Deutschland dominante Virusvariante B.1.1.7 ist nach bisherigen Erkenntnissen deutlich infektiöser und verursacht offenbar schwerwiegendere Krankheitsverläufe. Deshalb zählt jeder Tag. Nichthandeln ist keine Option für uns.

Mit der Errichtung einer Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung möchten wir einen der bedeutendsten Politiker des 20. Jahrhunderts ehren, wegen dem auch ich damals in die CDU eingetreten bin. Als sechster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gestaltete Helmut Kohl maßgeblich den Prozess der Wiedervereinigung mit und setzte die europäische Integration entschieden fort. Unser Ziel ist die Schaffung einer Bundesstiftung, um Helmut Kohls politisches Erbe, sein Wirken und seine wichtigsten Erfolge zu veranschaulichen und zur Auseinandersetzung mit ihrer historischen Bedeutung anzuregen.

Zu guter Letzt ist in dieser Woche nun auch die Frage der Kanzlerkandidatur von CDU und CSU entschieden worden. Beide Kandidaten haben in den letzten Tagen intensiv für sich geworben. Gerade auch die CDU hat intensiv mit sich gerungen und sich die Entscheidung keinesfalls leicht gemacht. Beide haben ihre Unterstützer. Beide sind zweifellos kanzlerfähig. Und auch wenn das Verfahren holprig war, und für die Zukunft ein geordnetes Verfahren zwischen den Schwesterparteien entwickelt werden sollte, so ist jetzt nicht die Zeit für weitere innerparteiliche Selbstbeschäftigung. Dafür sind auch die allenfalls in Nuancen bestehenden inhaltlichen Unterschiede zwischen Armin Laschet und Markus Söder zu unbedeutend. Es geht um die Zukunft unseres Landes, die wir als CDU/CSU gemeinsam gestalten wollen und nur gemeinsam gestalten können. Unsere Wettbewerber um die Wählergunst befinden sich immer noch außerhalb und nicht innerhalb unserer Reihen. Deshalb müssen wir nun gemeinsam dafür arbeiten, dass Deutschland für uns alle auch in Zukunft ein Land bleibt, in dem wir gut und gerne leben und kein linkes Schlaraffenland grüner Ideologien wird. Es kommt auf uns und unsere Stärken an.

Herzliche Grüße

Ihr Markus Koob



## AUF EINEN BLICK...

Viertes Bevölkerungsschutzgesetz

Telekommunikationsmodernisierungsgesetz

Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes

EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA & EUNAVFOR MED IRINI

Rede zur Verlängerung von MINUSMA

Teilhabestärkungsgesetz & Teilhabebericht

Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung

Fondsstandortgesetz

Bundespersönlichkeitsvertretungsgesetzes.

Änderung von Vorschriften im Eisenbahnbereich

Änderung des Seelotsgesetzes

Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts

Antrag „Ein vitaler, klimastabiler Wald nutzt allen - Ökosystemleistungen ausreichend honorieren“

IT-Sicherheitsgesetz

Daten & Fakten



### 2./3. Lesung:

## Viertes Bevölkerungsschutzgesetz

In zweiter und dritter Lesung haben wir das 4. Bevölkerungsschutzgesetz beschlossen, mit dem die aktuelle dritte Welle der Pandemie gebrochen und Leben und Gesundheit vieler Menschen geschützt werden soll. Die Ausbreitung des Coronavirus und vor allem der Virusvariante B.1.1.7 hat sich zu einer sehr dynamischen Pandemie entwickelt, die bundeseinheitliche Regelungen und Maßnahmen zwingend notwendig macht. So kann der staatlichen Schutzpflicht für Leben und Gesundheit entsprochen werden – ein Verfassungsgut, dem wir verpflichtet sind. Zugleich stellen wir damit die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems als überragend wichtigem Gemeingut und damit die bestmögliche Krankenversorgung weiterhin sicher. Wir wollen durch eine solche gesetzliche Regelung eine bundesweit klare Rechtslage schaffen. Das schafft Rechtssicherheit und Klarheit.

Inhaltlich werden bundeseinheitliche Standards für Schutzmaßnahmen in Landkreisen oder kreisfreien Städten ab einer 7-Tage-Inzidenz von über 100 pro 100.000 Einwohner geschaffen. Bei Überschreiten dieser sehr hohen Fallzahl treten Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Kraft. Unterschreitet die Inzidenz an fünf Werktagen die 100er-Schwelle, treten diese Notmaßnahmen außer Kraft. Damit wollen wir ein zu

schnelles Ping-Pong mit unterschiedlichen Schutzmaßnahmen verhindern.

Die mit der neuen Notbremse ergriffenen Maßnahmen gelten nur bis zum 30. Juni 2021. Damit werden die entsprechenden Grundrechtseingriffe sehr klar und deutlich befristet.

Zugleich zeigen wir Perspektive auf: Rechtsverordnungen der Bundesregierung etwa für die Rückgabe von Rechten insbesondere an Geimpfte bedürfen der Zustimmung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates.

Gern können Sie auf meiner Internetseite noch detaillierter über die Regelungen zum Vierten Bevölkerungsschutzgesetz informieren. ■

### 2./3. Lesung:

## Telekommunikationsmodernisierungsgesetz

Das Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten, dient der Umsetzung des europäischen Telekommunikations-Kodex und reformiert das Telekommunikationsgesetz. Wir setzen damit die Mobilfunkstrategie der Bundesregierung vom November 2019 um und schaffen den zukünftigen Rechtsrahmen für einen erfolgreichen Mobilfunk- und Glasfaserausbau.

Wir schaffen erstmals einen klaren gesetzlichen Auftrag für den Mobilfunkausbau. Die Bundesnetzagentur erhält das Ziel, entlang aller Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen und Kreisstraßen und entlang aller Schienenstrecken möglichst bis 2026 mindestens 4G zu gewährleisten und das durchgehend und unterbrechungsfrei, für alle Mobilfunkkunden. Damit legen wir gleichzeitig die Basis für einen flächendeckenden 5G-Ausbau.

Wichtige Neuerungen betreffen den Verbraucherschutz: Neue Festnetz- und Mobilfunkverträge können weiterhin eine 24 monatige Vertragslaufzeit enthalten. Danach sehen wir aber nun auch eine Regelung zur Kündigung zum Ende jedes Monats vor (d.h. eine monatliche Beendigungsmöglichkeit des Vertrages). Daneben bleibt es bei Telekommunikationsverträgen bei der aktuell schon

## Aktueller Stand der Impfungen (22.04.2021)

### Deutschland

Erstimpfung:	18.496.378
Zweitimpfung:	5.790.531
<b>GESAMT:</b>	<b>24.286.909</b>

### Hessen

Erstimpfung:	1.270.206
Zweitimpfung:	461.592
<b>GESAMT:</b>	<b>1.731.798</b>

geltenden Regelung, dass die Anbieter auch 1-Jahres-Verträge anbieten müssen.

Mit dem Rechtsanspruch auf schnelles Internet wird erstmals eine Grundversorgung verpflichtend festgelegt. Wir haben neben der Mindestbandbreite, zwingend festzulegende technische Kriterien wie Latenz und Uploadrate ergänzt. Nur so kann sichergestellt werden, dass über diese Grundversorgungsanschlüsse auch stabil und ruckelfrei Homeschooling und Homeoffice mit Verschlüsselung realisierbar ist. ■

### 2./3. Lesung:

## Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes

Mit dem in zweiter und dritter Lesung abschließend beratenen Gesetzentwurf soll eine effektive und rechtssichere gesetzliche Regelung umgesetzt werden, um missbräuchliche Steuergestaltungen bei der Grunderwerbsteuer mittels sog. „Share Deals“ einzudämmen. Dafür sollen die Ergänzungstatbestände auf 90 % abgesenkt werden. Das bedeutet, das Grunderwerbssteuer auch dann fällig wird, wenn eine Änderung des Gesellschafterbestands in dieser Höhe erfolgt. Die hierfür maßgeblichen Fristen werden auf zehn Jahre verlängert. ■

### 2./3. Lesung:

## Verlängerung von EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA & EUNAVFOR MED IRINI

EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA, über dessen Fortführung wir in dieser Woche entschieden haben, dient im Kern dem Schutz der internationalen Seeschifffahrt. Dies betrifft insbesondere den Schutz der Schiffe des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen und der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) vor der Küste Somalias sowie die Pirateriebekämpfung. Die für die Piraterie verantwortlichen kriminellen Netzwerke weichen zunehmend auf andere Aktivitäten wie den illegalen Handel mit Waffen, Drogen, Holzkohle oder Schlepper- und Schleuserfahrten aus. Deshalb hat die EU 2020 die Aufgaben der Operation erweitert. ATALANTA wird künftig einen Beitrag zur Durchsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Somalia und zur Bekämpfung des Drogenhandels leisten. Die Personalobergrenze wird von bisher 400 auf 300 Soldaten reduziert und der Zeitraum wird bis zum 30. April 2022 verlängert.

Die Fortführung des Einsatzes EUNAVFOR MED IRINI, über den wir ebenfalls abschließend beraten haben, ist Teil des breiten politischen Ansatzes der EU zur Stabilisierung Libyens. Sie trägt im zentralen Mittelmeer zur Überwachung und Umsetzung des Waffenembargos

der VN gegenüber Libyen bei. Daneben hat sie zum Ziel, Schleuser- und Menschenhändlernetzwerke zu bekämpfen und aufzulösen. Außerdem wird die libysche Küstenwache und Marine im Kapazitätsaufbau und bei der Ausbildung unterstützt. Die Mandatsobergrenze bleibt unverändert und sieht den Einsatz von bis zu 300 Soldaten vor. Die Laufzeit des Mandats beträgt erneut ein Jahr bis zum 30. April 2022. ■

### Rede:

## Verlängerung von MINUSMA

**F**rau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lage in Mali ist in der Debatte zu EUTM Mali zuvor schon hinreichend beschrieben worden, und diese Beschreibung trifft natürlich auch für diese Debatte zu.

Mali hat vor allem drei Probleme. Das erste ist die Situation in der Gesellschaft: bittere Armut, Bildungsprobleme, Klimaprobleme, Klimawandel, fehlender Klimaschutz - alles, was damit zusammenhängt -, die Corona-Pandemie, die jetzt auch keiner gebraucht hätte und die diese Situation noch weiter verschärfen wird, und der demografische Wandel. All dies hat enormes Sprengpotenzial vor Ort und sorgt für Probleme. Das zweite ist: Staatliche Strukturen sind in weiten Teilen Malis kaum vorhanden; das haben wir von mehreren Rednern in der Debatte heute schon gehört. Und das dritte ist die nach wie vor ausgesprochen dramatische Sicherheitslage.

Auch wenn wir uns in der Analyse dieser drei Punkte noch weitestgehend einig sind, kommen die Differenzen bei der Frage: Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Ich habe das letzte Mal, als wir zu Afrika debattiert haben, hier in die Runde gefragt: „War das eine Sternstunde des Parlaments?“ Diese Frage möchte ich heute in Teilen wiederholen, weil wir auch heute wieder in diesen Stereotypen unterwegs sind, in die wir immer verfallen, wenn wir über Afrika reden.

Ich möchte an dieser Stelle einmal ausdrücklich die Oppositionsparteien FDP und Grüne loben, weil sie sich inhaltlich sehr intensiv mit diesen Fragestellungen aller Art auseinandersetzen und auch logische und nachvollziehbare Argumente vorbringen.

Frau Hänsel - ich habe, ehrlich gesagt, eine Ahnung, Frau Buchholz, in welche Richtung auch Ihre Rede gleich gehen wird -, ich finde es langsam wirklich ermüdend, dass wir hier immer und immer und immer wieder die gleichen Diskussionen führen müssen.

Ich habe gesagt, dass diese drei Probleme, die wir definiert haben - wir haben sie ja zum Teil sogar gemeinsam definiert -, einander bedingen. Sie können nicht einfach sagen: Wir nehmen dort einen Baustein raus, und das andere bleibt so, wie es ist. - Wenn wir in Mali keine Verbesserung der Sicherheitslage hinbekommen, werden wir auch keine Stabilisierung bei den anderen Punkten hinbekommen. Dazu leisten unsere Soldatinnen und Soldaten in Mali sowohl im Rahmen von EUTM Mali als auch im Rahmen von MINUSMA einen unverzichtbaren Beitrag.



*Wenn Sie von der AfD an dieser Stelle sagen - das war ja für Ihre Verhältnisse tatsächlich mal eine sehr analytische und sachliche Darstellung - Sie wollen den Druck erhöhen, indem Sie den Abzug fordern, entgegne ich: Sie erhöhen nicht den Druck, sondern Sie erhöhen das Chaos, wenn Sie den Abzug fordern, wenn wir den Abzug einleiten. Deshalb steht diese Option für uns überhaupt nicht zur Debatte. Wir wollen das Mandat MINUSMA genauso wie das Mandat EUTM Mali fortsetzen.*

*Das Mandat MINUSMA setzt an genau diesen drei Punkten an, die ich genannt habe; Staatssekretär Niels Annen hat schon sehr klar ausgeführt, an welchen Stellen das konkret der Fall ist. Deshalb ist MINUSMA ein unverzichtbarer Baustein in unserer Sahelstrategie.*

*Der Kollege Hoffmann hat vorhin dargestellt, unter welchen Bedingungen vor Ort die Soldatinnen und Soldaten den Einsatz erleben. Wenn man, gerade in Gao, persönlich erlebt, welche klimatischen Bedingungen dort herrschen, welche infrastrukturellen Bedingungen um dieses Lager herum bestehen - nämlich fast keine -, muss man sagen: Das sind Rahmenbedingungen, die uns allen Respekt abnötigen sollten, die uns tiefste Anerkennung für die Soldatinnen und Soldaten, aber auch Polizisten, die dort im Einsatz sind, abnötigen sollten. Ich glaube, wenn man sich mit den Soldaten unterhält, ist die Frage: Sehen die das überhaupt selbst als einen sinnvollen Einsatz an? Und wenn man mit unseren Entwicklungshelfern spricht, ist die Frage auch: Was würdet ihr sagen, wenn wir die Soldaten abziehen? Sowohl die Soldaten als auch unsere Entwicklungshelfer sagen uns immer wieder: Das ist ein hoch sinnhafter Ansatz. - Und unsere Entwicklungshelfer sagen gerade über MINUSMA: Mit diesem Lager dort oben stellt diese Mission sicher, dass überhaupt Entwicklungshilfe in dieser Region stattfinden kann.*

*Deshalb wäre es ein fataler Fehler, diese Mission zu beenden. Wir unterstützen weiterhin die Mission MINUSMA. Wir danken ganz herzlich den Soldatinnen und Soldaten, die dort unten im Einsatz sind und ihren schweren, aber unverzichtbaren Dienst tun, und werden diesem Mandat, wie gesagt, in der kommenden Sitzungswoche zustimmen.*

*Vielen Dank. ■*

### 2./3. Lesung:

## **Teilhabe**stärkung**sgesetz & **Teilhabe**bericht**

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum kommunalen Bildungspaket im SGB XII wurde eine Aufgabenzuweisung durch die Länder an die Kommunen und Änderung der Vorschriften zur Trägerbestimmung im SGB XII erforderlich. In zweiter und dritter Lesung haben wir nun über den Entwurf zur Umsetzung der erforderlichen Anpassungen entschieden. Außerdem regeln wir u.a. die Ergänzung der elektronischen Meldeverfahren um die Anträge für Kurzarbeitergeld und Saisonkurzarbeitergeld und die Verbesserung der Betreuung von Rehabilitanden in den Jobcentern. Darüber hinaus befasst sich der Entwurf mit

den Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen sowie deren bestmögliche Ausstattung.

Außerdem diskutierten wir den Teilhabebericht der Bundesregierung. Darin wird die Frage untersucht, inwiefern Menschen, die mit Beeinträchtigungen leben, gut am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und wo sie Beschränkungen ihrer Teilhabechancen erfahren. An positiven Aspekten stellt der Bericht beispielhaft heraus, dass die Arbeitslosenquote von Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung von 2015 bis 2019 kontinuierlich gesunken ist, viele Verbesserungen im öffentlichen Personenverkehr erzielt wurden, und eine steigende Wahlbeteiligung von Menschen mit Behinderungen zu verzeichnen ist (Bundestagswahl 2013: 78,2 %; Bundestagswahl 2017: 84,6 %). ■

### 2./3. Lesung:

## **Kinder- und Jugend**stärkung**sgesetz**

In zweiter und dritter Lesung haben wir ein Gesetz beschlossen, das ein breites Hilfsangebot für (Pflege-)Familien bereitstellt. Das Gesetz sieht eine bessere Kooperation zwischen allen wichtigen Akteuren im Kinder- und Jugendschutz vor und reformiert den Hilfeplan für Pflegefamilien. Der Anspruch auf Beratung und Förderung wird festgeschrieben. Auch den Kindern und Jugendlichen selbst kommt ein Beratungsanspruch gegenüber dem Jugendamt zu. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen durch einen Stufenplan wirksamer in ihrer Eingliederung unterstützt werden. ■

### 1. Lesung:

## **Errichtung einer Bundeskanzler- Helmut-Kohl-Stiftung**

Dr. Helmut Kohl, „Kanzler der Einheit“, war der sechste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Als einer der bedeutendsten Politiker des 20. Jahrhunderts gestaltete er maßgeblich den Prozess der Wiedervereinigung. Er ergriff die Chance, welche die Deutschen in der DDR durch ihre Revolution, durch ihren Mut 1989 erst geschaffen hatten. Die europäische Integration setzte er entschieden und zum Wohle Europas und des Friedens in der Welt fort. In Anbetracht dieser herausragenden Lebensleistung bringen wir in erster Lesung einen Gesetzesvorschlag ein, um eine Bundestiftung öffentlichen Rechts zu schaffen. Die

### Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549

[markus.koob@bundestag.de](mailto:markus.koob@bundestag.de)  
[www.markus-koob.de](http://www.markus-koob.de)

Stiftung wird das politische Erbe, das Wirken und die wichtigsten Erfolge Helmut Kohls veranschaulichen und zur Auseinandersetzung mit ihrer historischen Bedeutung anregen. Stiftungssitz soll Berlin sein. ■

### 2./3. Lesung:

## Fondsstandortgesetz

Neben der Anpassung an EU-Vorgaben enthält der Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung abschließend diskutierten, weitere Vorschläge zur Stärkung des Fondsstandorts Deutschland. Dafür sollen neue Regelungen bezüglich der Umsatz- und der Einkommenssteuer beschlossen werden, die insbesondere die Bedürfnisse von Start-up-Unternehmen berücksichtigen. Weitere Anliegen sind die Entbürokratisierung für Fondsverwalter, die Digitalisierung der Aufsicht und Regelungen zum grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds. ■

### 2./3. Lesung:

## Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes

Die Reform, die wir in zweiter und dritter Lesung verabschiedet haben, legt den Grundstein für ein modernes, an die technischen und dienstrechtlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre angepasstes Personalvertretungsrecht. Personalratssitzungen sollen künftig auch mittels Video- oder Telefonkonferenzen durchgeführt werden können. Schriftformerfordernisse werden dereguliert. Personalvertretungen sollen in ihrer Mitbestimmung gestärkt und personalratslose Zeiten bei Umstrukturierungen und Privatisierungen durch Übergangspersonalräte verhindert werden. Es werden neue Regelungen zur datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit der Personalvertretung festgeschrieben und die Personalratsarbeit für Teilzeitkräfte attraktiver gemacht. ■

### 2./3. Lesung:

## Änderung von Vorschriften im Eisenbahnbereich

Durch dieses Gesetz, über das wir in zweiter und dritter Lesung entschieden haben, werden die zur Rechtsbereinigung erforderlichen Änderungen in Fachgesetzen des Eisenbahnbereichs vorgenommen. Zudem wird das Antragsrecht auf Freistellung von Bahnbetriebszwecken auf den Träger der Straßenbaulast ausgeweitet und es werden Informationspflichten zur Stärkung der Transparenz des Freistellungsverfahrens eingeführt. ■

### 2./3. Lesung:

## Änderung des Seelotsgesetzes

Das Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung verabschiedet haben, stärkt die Nachwuchsgewinnung im Bereich der Seelotsen. Hierzu wird ein attraktiver neuer Ausbildungsgang geschaffen. Es wird eine modulare Ausbildung geschaffen, die einem breiteren Bewerberkreis die Möglichkeit zum Erwerb der notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten eröffnet. Weitere Änderungen betreffen die psychologische Eignungsbeurteilung, die in der Verordnung über die seeärztliche Untersuchung der Seelotsen geregelt ist. ■

### Antrag:

## Einsetzung einer Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts

Beim Wahlrechtskompromiss im Sommer 2020 hatten wir neben der schon beschlossenen Reform des Bundestagswahlrechts die Einsetzung einer Kommission mit unserem Koalitionspartner vereinbart. Die mit diesem Antrag eingesetzte Kommission wird sich schwerpunktmäßig mit Maßnahmen zur Begrenzung der Vergrößerung des Bundestages und mit Fragen der Reform des Wahlrechts befassen. Der Kommission gehören neun Mitglieder des Deutschen Bundestages und in gleicher Anzahl Sachverständige an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt drei Mitglieder, die Fraktion der SPD zwei Mitglieder, die Fraktionen der AfD, FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN je ein Mitglied. Eine angemessene Beteiligung von Bürgern an der Kommissionsarbeit wird sichergestellt. ■

### Antrag:

## Ein vitaler, klimastabiler Wald nutzt allen – Ökosystemleistungen ausreichend honorieren

Die nachhaltig bewirtschafteten Wälder in Deutschland erfüllen zahlreiche Ökosystemleistungen, die aktuell finanziell nicht honoriert werden. Dies betrifft unter anderem den Klima-, Wasser- und Bodenschutz, die Biodiversität oder gesellschaftliche Leistungen, wie beispielsweise das kostenfreie Betretungsrecht des Waldes. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, diese Ökosystemleistungen auf wissenschaftlicher Grundlage darzustellen und Modelle zu entwickeln, wie diese Leistungen in einen Wert gesetzt werden können. Darauf aufbauend sollen Systeme etabliert werden, um die von den Wäldern erbrachten Ökosystemleistungen zu honorieren, so dass Waldeigentümer Anreize erhalten, diese zu schützen beziehungsweise auszubauen. Das Honorierungssystem soll möglichst so gestaltet sein, dass die finanziellen Mittel wieder zurück in die Entwicklung

und den Erhalt von naturnahen und damit klimastabilen Waldökosystemen fließen. ■

### **2./3. Lesung:**

## **IT-Sicherheitsgesetz**

In zweiter und dritter Lesung haben wir einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem die Sicherheit von IT-Systemen in Bundesverwaltung, Wirtschaft, kritischen Infrastrukturen und im Verbraucherschutz wesentlich gestärkt werden soll. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll die Befugnis erhalten, Kontroll- und Prüfbefugnisse gegenüber der Bundesverwaltung auszuüben und an wesentlichen Digitalisierungsvorhaben beteiligt zu werden. Darüber hinaus werden Betreiber kritischer Infrastrukturen verpflichtet, Systeme zur Erkennung von Cyberangriffen einzusetzen. Schließlich wird die Grundlage für ein einheitliches IT-Sicherheitskennzeichen eingeführt, das die IT-Sicherheitsfunktionen insbesondere von Produkten im Verbrauchersegment erstmals für Bürgerinnen und Bürger sichtbar und nachvollziehbar macht. Das Gesetz enthält außerdem eine Regelung zur Untersagung des Einsatzes kritischer Komponenten in Mobilfunknetzen, für die eine Zertifizierungspflicht besteht. ■

### **Daten und Fakten:**

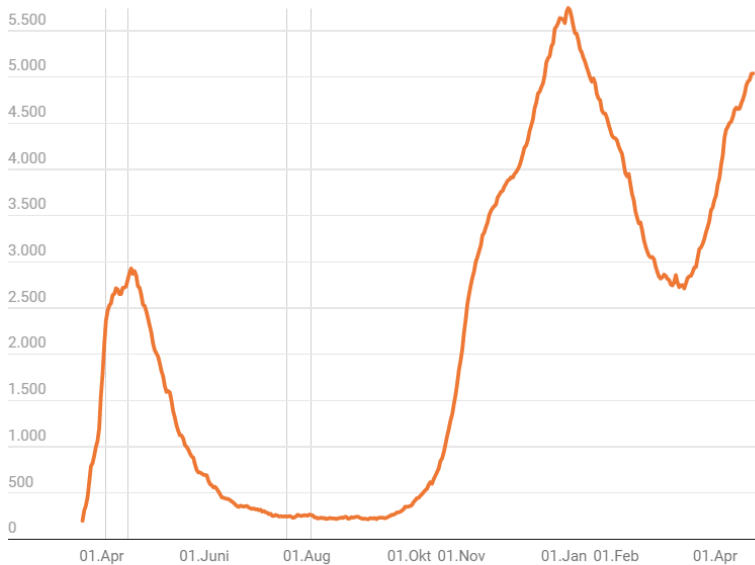
## **Deutschland macht Fortschritte in der Integration**

Zu dieser Aussage führt die aktuelle Studie zur Integration von Migranten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Die Hälfte aller Migranten erster Generation fühlten sich 2018 als Deutsche, von der zweiten Generation waren es sogar drei Viertel der Befragten. Seit 2003 kontinuierlich angestiegen sind die Anteile aller Migranten erster und zweiter Generation, die gut auf Deutsch schreiben können, sich nicht benachteiligt fühlen, einen Hochschulabschluss haben und erwerbstätig sind. Zur insgesamt positiven Bilanz führen auch die Ergebnisse, dass 56 % der Migranten erster Generation und 77 % zweiter Generation einen nicht migratorisch geprägten Freundeskreis haben, ein starkes Indiz für die soziale Integration in die deutsche Gesellschaft. Das Gesamtbild muss dennoch differenziert betrachtet werden, da die Integration von Zuwanderern aus EU-Staaten deutlich besser funktioniert, die Integration von türkischstämmigen Migranten aber noch einige Mängel aufweist. Einen eindeutig positiven Trend attestiert das IW dem Bereich der Innovation, da in Deutschland wohnhafte Erfinder mit ausländischen Wurzeln 2018 einen Anteil von 11,2 % an allen in Deutschland entwickelten Patenten für sich deklarieren konnten. Seit 2008 (6,6 %) hat dieser Anteil jährlich um durchschnittlich 0,9 Prozentpunkte zugenommen. *(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)* ■

# Aktuelle Statistiken zur Pandemie

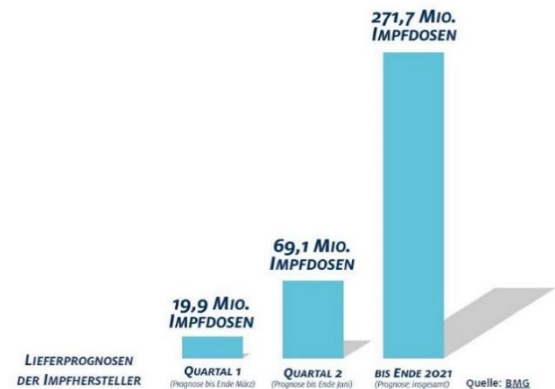
## Anzahl gemeldeter intensivmedizinisch behandelter COVID-19-Fälle

Deutschland



Stand: 23.04.2021 12:23

Quelle: DIVI-Intensivregister • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper



Quelle: [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Testzahl.html](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Testzahl.html)

Quelle: Our World in Data

Ort	Verabreichte Dosen ↓	Vollständig geimpft	% der Bevölkerung vollständig geimpft
USA	219 Mio.	89,2 Mio.	27,2 %
Festlandchina	211 Mio.	-	-
Indien	133 Mio.	19,2 Mio.	1,4 %
Vereinigtes Königreich	44,5 Mio.	11,2 Mio.	16,8 %
Brasilien	35 Mio.	9,68 Mio.	4,6 %
Deutschland	24,3 Mio.	5,79 Mio.	7,0 %
Türkei	20,7 Mio.	7,93 Mio.	9,7 %
Frankreich	18,3 Mio.	5,02 Mio.	7,5 %
Indonesien	17,9 Mio.	6,49 Mio.	2,4 %
Russland	17,2 Mio.	6,43 Mio.	4,5 %
Italien	16,7 Mio.	4,91 Mio.	8,1 %
Mexiko	15,5 Mio.	4,98 Mio.	3,9 %
Spanien	13,9 Mio.	3,77 Mio.	8,0 %
Chile	13,7 Mio.	5,87 Mio.	31,0 %
Kanada	11,2 Mio.	975.000	2,6 %
Israel	10,4 Mio.	5,01 Mio.	55,3 %



Quelle: RKI; Johns Hopkins University | Statista (Stand: 16.04.2021)